

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	06.09.2012
Rat	20.09.2012

öffentlich

Vorlage Nr.	407/2012-2
Stand	08.08.2012

Betreff Antrag der UWG/Forum-Fraktion vom 07.08.2012 betr. Resolution des Rates der Stadt Bornheim zum Entwurf des Umlagegenehmigungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Beschlussentwurf

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Antrag der UWG/FORUM-Fraktion vom 07. August 2012 und die hierzu vorliegende Stellungnahme des Bürgermeisters zur Kenntnis. Der Ausschuss beschließt, den Entwurf einer Resolution im Arbeitskreis Finanzen abzustimmen.

Sachverhalt

Die UWG/FORUM-Fraktion beantragt, mit einer Resolution des Rates der Stadt Bornheim gegen den Entwurf des Umlagegenehmigungsgesetzes Stellung zu nehmen. Die Fraktion möchte sich insbesondere gegen die Möglichkeit der Erhebung einer Sonderumlage als Ausgleich für eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals wenden, die der Gesetzentwurf den Umlageverbänden (Kreise und Landschaftsverbände) eröffnet.

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen sowie der Städtetag Nordrhein-Westfalen haben als Interessensvertretungen der Kommunen bereits innerhalb des öffentlichen Anhörungsverfahrens zum Gesetzesentwurf Stellung genommen und dabei ihre ablehnende Haltung zu dem von der UWG/FORUM-Fraktion aufgezeigten Sachverhalt verdeutlicht. Sie fordern dabei auch, in den Gesetzentwurf eine "dringend erforderliche Konkretisierung des Rücksichtnahmegebots für Umlageverbände" aufzunehmen.

Der Bürgermeister hat keine Bedenken, eine Resolution im beantragten Sinne zu beschließen. Er regt an, den Wortlaut gemeinsam mit allen Fraktionen innerhalb des Arbeitskreises Finanzen abzustimmen.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag